

Änderungsantrag

der Gruppe der PDS

**zu der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität
und Geschäftsordnung (1. Ausschuß)**

— Drucksache 13/1762 —

zu dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

— Drucksache 13/1535 —

**Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur
im Prozeß der deutschen Einheit“**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung wird wie folgt geändert:

Die Absätze 2 und 3 des Antrages werden durch den folgenden Absatz ersetzt:

„Der Enquete-Kommission gehören 17 Mitglieder der im Bundestag vertretenen Fraktionen und der Gruppe der PDS sowie 17 Sachverständige an. Die Fraktion der CDU/CSU benennt acht Mitglieder und acht Sachverständige, die Fraktion der SPD benennt sechs Mitglieder und sechs Sachverständige, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion der F.D.P. sowie die Gruppe der PDS benennen je ein Mitglied und eine Sachverständige/einen Sachverständigen. Für jedes Mitglied des Bundestages kann ein Stellvertreter/eine Stellvertreterin benannt werden.“

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages wird beantragt:

„Der Kommission gehören 16 Mitglieder des Bundestages und elf Sachverständige an. Die Fraktion der CDU/CSU benennt sieben Mitglieder und fünf Sachverständige, die Fraktion der SPD fünf Mitglieder und drei Sachverständige, die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. und die Gruppe der PDS benennen je ein Mitglied und eine Sachverständige/einen Sachverständigen. Für jedes Mitglied des Bundestages kann ein Stellvertreter/eine Stellvertreterin benannt werden.“

Bonn, den 19. Juni 1995

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Mitwirkung eines nicht stimmberechtigten Mitglieds der Gruppe der PDS an der Arbeit der Enquete-Kommission würde eine Schlechterstellung gegenüber der 12. Wahlperiode bedeuten. In der 12. Wahlperiode hatte die Gruppe der PDS/Linke Liste mit 17 Abgeordneten ein stimmberechtigtes Mitglied in der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“. Mit 30 Abgeordneten soll die Gruppe der PDS nunmehr in der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ mit nur einem nicht stimmberechtigten Mitglied vertreten sein. Dies ist nicht zu akzeptieren.

Der Hilfsantrag zielt darauf ab, die Regelung der 12. Wahlperiode zu übernehmen.